

PLENUM AKTUELL

08. – 10. Dezember 2009

Themen und Positionen

SPD-Landtagsfraktion



Ablösung von ZDF Chefredakteur Brender

CDU/FDP:

CDU Ministerpräsident Koch hat ohne eine sachliche Begründung die Ablösung des ZDF Chefredakteurs Nikolaus Brender betrieben, damit seine Funktion als Ministerpräsident missbraucht und parteipolitisch gehandelt.

Koch hat im Verwaltungsrat eine konservative Mehrheit organisiert, um die Vertragsverlängerung eines unabhängigen Journalisten zu verhindern, obwohl sich Intendant Schächter für eine weitere Zusammenarbeit mit Brender aussprach. Brender war seit dem Jahr 2000 Chefredakteur des ZDF und galt als kompetent und unparteiisch.

SPD:

Die journalistische Unabhängigkeit und das freie Wort sind hohe Güter in unserem Land, die wir als SPD hegen und pflegen wollen. Daher war es für die SPD-Vertreter im ZDF-Verwaltungsrat selbstverständlich, der Vertragsverlängerung zuzustimmen, da die gute Arbeit von Herrn Brender nicht zu kritisieren war.

Doch Roland Koch ging es um die Disziplinierung eines unabhängigen Journalisten und damit um die Disziplinierung des „unabhängigen Journalismus“. Mit dem neuerlichen Versuch, einen unabhängigen Journalisten los zu werden, stellt sich Koch in eine gefährliche Nähe der Medienpolitik eines Berlusconi und schadet der Demokratie. Selbst die verfassungsrechtlichen Bedenken von 35 führenden Verfassungsrechtlern konnten Koch nicht von diesem Vorgehen abbringen. Wir halten das für einen unglaublichen Vorgang und haben daher das Thema als Setzpunkt in dieser Woche im Hessischen Landtag nochmals aufgerufen. In der Debatte wurde sehr deutlich, dass die ganze Diskussion dem ZDF bzw. dem gesamten öffentlich-rechtlichen Rundfunk schadet und die Medienfreiheit mit Füßen getreten wurde. Die fatale Botschaft von Koch lautet: Nur wer der politischen Mehrheit nach dem Mund redet, kann seinen Job behalten. Das ist ein Skandal! Die SPD wird sich für die journalistische Unabhängigkeit des öffentlich-rechtlichen Rundfunks weiterhin einsetzen und daher kann auch eine Normenkontrollklage derzeit noch nicht ausgeschlossen werden.

Haushalt 2010 – Fehlende Finanzausstattung für Kommunen

Der Landeshaushalt 2010 mit einem neuen Rekord-Defizit von 3,4 Milliarden € ist von CDU und FDP in dieser Woche beschlossen worden. Vor diesem Hintergrund ist es unverständlich, wie die Hessische Landesregierung weiteren Steuerausfällen durch das sog. Wachstumsbeschleunigungsgesetz auf Bundesebene zustimmen kann. Unserer Aufforderung, dass Hessen sich wie der CDU MP in Schleswig-Holstein gegen die neuen Steuergesetze wenden soll, kam die Landesregierung nicht nach. Im Gegenteil: Sie machte deutlich, dass die hohen Steuerausfälle auf Landesebene zusätzlich von den Kommunen zu tragen seien und es daher weitere Einschnitte im Kommunalen Finanzausgleich (KFA) geben müsse. Die Finanzierung von Steuergeschenken vor allem für Unternehmen, Hotelbetriebe und Besserverdienende wird für den Landeshaushalt jährlich ca. 1 Mrd. € Mindereinnahme bedeuten, an der die hessischen Kommunen mit ca. einem Viertel beteiligt sind.

Gegen diese Einschnitte und die Streichung von weiteren 400 Mio. € im KFA ab dem Jahr 2011 haben sich hessenweit Bürgermeister parteiübergreifend zu Wort gemeldet. Eine Abordnung der Bürgermeister war extra zur Haushaltsdebatte nach Wiesbaden gereist, um ihren Unmut deutlich zu machen.

Besonderer Kritikpunkt ist dabei, dass die Genehmigungsbehörden die Landkreise anweisen, die Kreisumlage (Zahlung der Städte/Gemeinden an die Kreise) zu erhöhen, um Defizite auszugleichen, obwohl die Gemeinden selbst defizitär sind. Frei nach dem Motto „die letzten beißen die Hunde“ wird in Wiesbaden vorgegangen. Dieses Treiben ist an Ignoranz nicht mehr zu überbieten, denn die kommunale Selbstverwaltung bleibt dabei auf der Strecke und wichtige soziale Aufgaben können nicht mehr geleistet werden.

Steuerfahnder-Affäre

CDU/FDP:

Diese Steuer-Affäre beschäftigt die Landesregierung seit 2001, als eine Anweisung des Finanzministers Weimar verfügte, Geldüberweisungen ins Ausland von weniger als 500.000 Mark (253 Mio €) nicht mehr als verdächtig einzustufen. Gegen diese Anweisung hatten sich vier Steuerfahnder gewehrt, um Steuerhinterzieher nicht ungestraft zu lassen. Dies hatte zur Folge, dass die Steuerfahnder systematisch gemobbt wurden, Krankschreibungen erfolgten, und letztlich ein Gutachter den Betroffenen eine Dienstunfähigkeit bescheinigte. Obwohl sich die Steuerfahnder noch vertrauensvoll an den Finanzminister wandten, kam von dort keine Hilfe. Im Gegenteil: Es führte zum Ausschluss der Vier und zu Frühpensionierungen (der Jüngste war 39!).

SPD:

Bei der SPD hat die „Steuer-Verfügung“ der Landesregierung von Anfang an Misstrauen erweckt. Doch waren die Machenschaften so verstrickt, dass ein Untersuchungsausschuss im Jahr 2004 noch kein Licht ins Dunkel brachte. Erst die Verurteilung des damaligen Gutachters zu einer Geldstrafe von 12.000 € durch das hess. Berufungsgericht für Heilberufe hat jetzt das Verfahren wieder aufgerollt. Der Gutachter hatte in vier fast wortgleichen Gutachten Standards nicht eingehalten und mit einer mangelhaften Begutachtung die Dienstunfähigkeit bescheinigt. Nun bleibt die Frage, ob der begutachtende Arzt im Auftrag des Landes Hessen falsche Gutachten erstellte bzw. ob von höchster Stelle Gefälligkeitsgutachten in Auftrag gegeben wurden. Weimar ist mittlerweile zurückgerudert und hat den Ex-Steuerfahndern die Rückkehr in den Beruf angeboten. Ein solch abenteuerliches Vorgehen zeigt uns, dass das „Kaltstellen“ der Ex-Steuerfahnder im Ministerium bekannt war und man nun um Schadensbegrenzung bemüht ist. Der Eindruck, dass Weimar Hessen zu einer kleinen Steueroase machen und Steuersünder schonen wollte, bleibt!

Nachtflugverbot am Flughafen Frankfurt

CDU/FDP:

Erst versprach die Hess. Landesregierung den Ausbau des Frankfurter Flughafens an ein Nachtflugverbot zu knüpfen. Dann erlaubte das Wirtschaftsministerium doch Ausnahmen mit fadenscheinigen Begründungen. So sollte der Planfeststellungsbeschluss „gerichts-fest“ gemacht werden. Jetzt hat der Verwaltungsgerichtshof zugunsten der Bürger/innen und damit für ein Nachtflugverbot votiert.

SPD:

Wir begrüßen das Urteil des Hess. Verwaltungsgerichtshofs, wonach ein Nachtflugverbot für den Frankfurter Flughafen umzusetzen ist, um den Lärmschutzbelangen der Bevölkerung gerecht zu werden. Die SPD fordert, das damalige Versprechen der Landesregierung, ein Nachtflugverbot durchzusetzen, jetzt auch einzuhalten. Es käme einem Wortbruch gleich, wenn die gleiche Landesregierung, die den Bürgerinnen und Bürgern versprochen hatte, den Ausbau des Flughafens an ein Nachtflugverbot zu knüpfen, jetzt Revision gegen ein Urteil zum Nachtflugverbot einlegen würde.

Schließung der Elwe, JVA Kassel III

Die Schließung der JVA Kassel III, Elwe ist eine Entscheidung der Hess. Landesregierung gegen alle Sachargumente. Die Investitionskosten wurden völlig überhöht dargestellt und sind deshalb kein Grund für die Schließung. Zumal in den vergangenen Jahren bereits viele Investitionen getätigt wurden und weitere notwendige Renovierungen über die nächste Jahre sukzessive erfolgen könnten. Die Türen der Elwe zu schließen, ist erneut eine Entscheidung gegen die nordhessische Region. Die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bangen um ihre Arbeitsplätze und werden künftig weite Anfahrtswege Richtung Mittel- und Südhessen in Kauf nehmen müssen.

Für Gefangene und insbesondere jugendliche Gefangene bedeutet die Verlegung aufgrund der Schließung eine größere Entfernung zu ihren Familien und damit weniger familiären und sozialen Kontakt.

Darüber hinaus ignoriert die Landesregierung die mit der Schließung verbundenen städtebaulichen Probleme in der Stadt Kassel. Großer Kostenaufwand für eine anderweitige künftige Nutzung steht im Raum, insbesondere auch weil das Gebäude zum Teil unter Denkmalschutz steht. Hier sehen wir das Land in der Verantwortung städtebauliche Lösungen zu finden und zu finanzieren.

Eine Information von Brigitte Hofmeyer, MdL

www.Hofmeyer-MdL.de